

„Anschluss an Bückeberg wäre Albtraum“

Bürgermeisterkandidaten wollen Selbständigkeit erhalten / Für Umsetzung von Visionen fehlt das Geld

Es ist demokratisch-gesittet zugegangen beim ersten Aufeinandertreffen der sechs Kandidaten für die Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters. Und es herrschte auch sonst Ordnung bei diesem Schlagabtausch, bei dem sich niemand so richtig aus der Reserve locken ließ. Alle achteten darauf, die vorgegebenen Redezeiten einzuhalten. Kein schweres Amt also für den umsichtigen Moderator Rolf-Bernd de Groot.

Obernkirchen. Eines war den 82 Besuchern im katholischen Pfarrheim bereits nach kurzer Zeit klar: Die von der Kolpingfamilie vorgesehenen zehn Fragenkomplexe ließen sich angesichts der großen Kandidatenzahl nicht durchhalten. Andernfalls hätte man noch um Mitternacht zusammengesessen. Schließlich sollten auch die Zuhörer die Chance erhalten, gezielte Fragen zu stellen.

Schon die Vorstellungsrunde verdeutlichte, dass die Besucher bevorzugt wissen wollten, woher die Bewerber ihre Qualifikation für das Amt ableiten. Nicht minder wichtig war ihnen die Frage nach den Konzepten zur Verbesserung der ausgesprochen schwierigen Finanzlage der Stadt, die so wenig Spielraum für Investitionen und irgendeinen „großen Wurf“ bietet.

Etat wie ausgepresste Zitrone

Die Bürger fragen sich: Wie soll das weitergehen mit dem Etat, der einer ausgepressten Zitrone gleicht? Wo es allmählich jedem Ratsmitglied graust, wenn er das Wort „Konsolidierung“ nur in den Mund nimmt. Geringere Steuereinnahmen, eine drastisch nachlassende finanzielle Unterstützung vom Land und ein unübersehbar ansteigender Nachholbedarf beim Straßenbau, beim Hochwasserschutz und bei den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen – wer schafft da die Quadratur des Kreises?

Angesichts dieser Situation erschien die erste Frage, die der Moderator stellte, gar nicht mehr so provokativ: „Können Sie sich vorstellen, dass es eines Tages lautet: „Stadt Bückeberg, Ortsteil Obernkirchen?“ Als Rettung vor einer solchen Selbstaufgabe kam de Groot auf die interkommunale Zusammenarbeit zu sprechen. Die gibt es ja bereits (und das nicht nur mit Bückeberg) auf dem Bauhofsektor.

Oliver Schäfer (SPD) bezeichnete den Anschluss an Bückeberg als einen Albtraum. Obernkirchen verfüge über ein hohes Potenzial an Entwicklungsmöglichkeiten, das man nutzen müsse. Er tritt für ein stärker betriebswirtschaftlich orientiertes Handeln und für mehr Transparenz ein. Auch Martin Schulze-Elvert (CDU) meinte, dass man sich vor keiner anderen Stadt verstecken müsse. Aber die Arbeit der Verwaltung sollte noch effizienter und bürgernäher gestaltet werden. Durch eine bessere Nutzung des Internets könne man zusätzlich ein virtuelles Rathaus schaffen.

Bernd Kirsch von der Gruppe „WIR“ erklärte, dass andere Städte gleicher Größe rund ein Drittel weniger an Beamtenstellen und Personalkosten habe. Er sieht da einen Einspareffekt und verspricht sich mehr Erfolg von einer Lebensader für Obernkirchen in Richtung Stadthagen.

Versorgungsmentalität nicht leistbar

Stadtkämmerer Wolfgang Seele warnte vor einer hundertprozentigen Versorgungsmentalität, die man sich nicht mehr leisten könne. Zum Beispiel liege die Kostendeckung bei den Kindergärten nur bei 20 Prozent. Er sieht angesichts des fehlenden Nachwuchses wenig Überlebenschancen für den Kindergarten in Vehlen. Personal habe die Stadt bereits reichlich abgebaut. Der Bauhof habe heute nur noch zehn statt vorher 30 Mitarbeiter.

Astrid Semler möchte die Selbständigkeit der Bergstadt trotz der Finanznot ebenfalls erhalten. Sie regte die Einführung eines „Wirtschaftsslotsen“ als Ansprechpartner für Unternehmer im Rathaus ein, wünschte sich mehr Familienförderung und eine engere Verzahnung von Schule und Wirtschaft. Bei den Visionen überraschte sie mit dem Vorschlag, das ehemalige Kasernengelände in ein Sportinternat zu verwandeln.

Thomas Stübke (Bündnis 90/Die Grünen) forderte unter anderem, die Kinder durch geeignete Schulformen wie eine Kooperative Gesamtschule besser fit zu machen für die Zukunft. Beim Kostensparen denkt er an eine schlankere Verwaltung, aber auch an ein neues Energiesparkonzept für alle öffentlichen Einrichtungen. sig